

Rede, B14 Fest, 18.03.2018

Liebe Stuttgarterinnen und Stuttgarter,  
liebe Anwohner, liebe Freunde einer lebenswerten Stadt,

Mein Name ist Manfred Niess und ich bin Koordinator des Klima- und Umweltbündnis  
Stuttgart – KUS.

Ich wohne hier in der Innenstadt im Kernerviertel und bin Feinstaubkläger in Stuttgart seit  
2004. Als Anwohner vermeide ich die B 14 so gut es geht. Heute ist es eine Freude hier zu  
stehen.

Als Feinstaubkläger war ich beim sogenannten „Rechtsgespräch“ des Bundesverwaltungs-  
gerichts in Leipzig. Ich möchte dazu einige Ausführungen machen.

Im Eingangsstatement wies der Vorsitzende Richter Korbmacher, auf das Ärgernis hin, dass  
wegen des Versagens der Bundesregierung das Bundesverwaltungsgericht die Frage von  
Verkehrsbeschränkungen entscheiden müsse, ein Ohrfeige insbesondere für Herrn Dobrindt,  
laut Umfrage, der schlechteste Minister im letzten Kabinett Merkels.

Einige Politiker und die Autoindustrie sind überrascht, dass in Leipzig der Richter  
Korbmacher die Revision des Landes zurückgewiesen und Fahrverbote ermöglicht hat. Im  
Verfahren wurde erörtert, das „schnellstmöglich“ wie es von der EU gefordert wird, nicht  
„sofort“ bedeutet. Das ist eigentlich eine Binsenwahrheit. Für mich als Kläger klingt es nur  
zynisch. Zur Erinnerung: die EU Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie wurde 1996 erlassen, die  
Umsetzung in deutsches Recht geschah 2002, ich klage seit 2004, meinen ersten Prozess  
habe ich 2005 gewonnen, es folgten noch 4 weitere Prozesse bis zum Vergleich 2016 und  
jetzt sind Politiker und Autoindustrie nach über 20 Jahren überrascht, dass die Grenzwerte  
für Luft eingehalten werden sollen?

Für die Bundesregierung in trauter Einigkeit mit der Autoindustrie geht es nur um die  
Rettung des Diesels.

Für Herrn Wissmann, ehemaliger Präsident des Verbands der Automobilindustrie bin ich als  
Feinstaubkläger ein Öko-Fanatiker und gehöre zur „grün lackierten Gilde der Autofeinde“.  
Würde ich mich auf der gleichen Stilebene wie Herr Wissmann bewegen, dann müsste ich  
antworten: Herr Wissman gehört zur „schwarz lackierten Gilde der Automafia“.

Im Autoland Deutschland darf ein Politiker höchstens äußern, dass die Autoindustrie  
„geschummelt“ hat. US Richter Sean Cox nannte diese Schummeln „eine Verschwörung zum  
Betrug, ein „ernsthaftes und beunruhigendes Verbrechen“. Betrogen wurden die Autofahrer,  
denen man erzählte, der Diesel sei aus Klimagründen wichtig, er war aber nur wichtig damit  
tonnenschwere Geländewagen, der Spiegel nannte sie „Protzbrocken“, mit 4 l Hubraum statt  
4 Liter Verbrauch die Innenstädte verstopfen.

„Deutschland geht durch die Diesel-Hölle – drohende Fahrverbote, Stinke-Image und  
Verkaufszahlen im Keller“ jammert die Bild Zeitung. Und was ist mit den Menschen, die in  
der Stadt leben?

Die Autoindustrie sagt, dass zum Schutze der Motoren die Abgasreinigung abgeschaltet  
werden muss. Und was ist mit dem menschlichen Körper,- Herz, Lunge, Gehirn – muss der

nicht auch geschützt werden? Ist der Schutz der Motoren wichtiger als die menschliche Gesundheit? Hat das Grundgesetz, §2.2. „das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit?“ nicht Vorrang vor dem Recht für freie Fahrt für freie Bürger? Für die Richter in Leipzig ist die Rechtslage eindeutig: Das Grundgesetz und die Gesundheit der Menschen haben Vorrang!

Als die die Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor e.V. (EUGT) eine von den Unternehmen [Volkswagen](#), [Daimler](#), [BMW](#) und [Bosch](#) gegründete Forschungseinrichtung 25 gesunde, jungen Probanden mehrere Stunden lang drei unterschiedlichen Stickstoffdioxidkonzentrationen aussetzte, war dies ein großer Skandal in den Medien. Ist es nicht ein viel größerer Skandal, dass in ca. 70 Städten Deutschlands die Bevölkerung, d.h. Kinder alte Menschen, gesunde aber auch kranke Menschen jahrelang überhöhten Stickoxidwerten und in Stuttgart als einziger Stadt in Deutschland auch überhöhten Feinstaubwerten ausgesetzt werden? Sind die Stadtbewohner nicht die wahren Versuchskaninchen der Autoindustrie? Wo bleibt der Aufschrei der Medien über diesen eigentlichen Skandal? Wo bleibt die Empörung der Politiker?

Die Politik und die Automobilindustrie wollen die von Wertverlust durch Fahrverbote bedrohten Dieselfahrer auf die gesundheitlich bedrohten Stadtbewohner hetzen und gegeneinander ausspielen. Dieses Spiel müssen wir durchschauen und zurückweisen. Die Autokäufer wurden von der Autoindustrie getäuscht und betrogen, als man ihnen mit „Blutec“ und „Blue Motion“ angeblich saubere Diesel verkaufte, die aber im Realbetrieb bei unter 10 Grad die Städte verpesteten. Der Verursacher muss für den Betrug zahlen. D.h. konkret: Ein Micky-Maus-Software-Update reicht nicht aus. Die Hardwarelösung ist laut ADAC möglich. Der Verursacher,- die Automobilindustrie - muss diese Hardwarelösung anbieten und bezahlen – und nicht der Steuerzahler. Wenn der VW Boss Herr Müller trotz Dieselskandal 9.5. Mio. Euro Gehalt bekommen kann und VW die höchsten Gewinne hat, dann ist auch Geld für die Nachrüstung da. Für die Stadtbevölkerung muss durch wirksame Maßnahmen eine schnellstmögliche Einhaltung der Grenzwerte erreicht werden, notfalls auch durch Fahrverbote.

Stuttgart steht kurz vor dem Verkehrsinfarkt. Um wieder eine lebenswerte Stadt zu werden, braucht Stuttgart eine Verkehrswende: mit Ausbau des Fußgänger- und Radverkehrs, des öffentlichen Nahverkehrs und einer Reduzierung des Individualverkehrs. Die umweltfreundliche E-Mobilität gibt es übrigens schon: die Stadtbahn, die S-Bahn und die Regionalbahn.

Ich fordere endlich die Einhaltung der seit 2005 gültigen Grenzwerte für Feinstaub und der seit 2010 gültigen Grenzwert für Stickoxide.

Es ist eine Verachtung des Rechtsstaates, wenn CDU Mandatsträger dazu aufrufen, das Urteil zu ignorieren.(StZ, 16.3.2018) Der CDU Kreisvorsitzende Kaufmann ein Jurist und Mitglied der selbsternannten Partei für Recht und Ordnung, schreibt in seinem Abgeordnetenbrief:“ Fahrverbote sind angesichts immer besser werdender Schadstoffwerte unverhältnismäßig.“ Er hat das Urteil nicht verstanden! Man fragt sich, wie hat er jemals sein juristisches Examen bestanden?

Die Freien Wähler, wie Herr Zeeb stellen gar die Zuständigkeit der EU für die Luftqualität

infrage, das ist nicht mehr weit entfernt von der AfD.

Wer mehr zu dem Thema

„Höhlt die Automobilindustrie den Rechtsstaat aus?“ erfahren möchte kann nächsten Mittwoch in den SÖS Treff für Politik und Kultur in die Arndtstraße 29/Ecke Vogelsangstraße kommen.

Als Anwohner im Kernerviertel fordere ich für die Stuttgarter Stadtbewohner die Umsetzung des Vergleichs von 2016 im Klartext: eine Verkehrsreduzierung um 20% auf der Cannstatter Straße – nicht am Sankt-Nimmerleinstag sondern schnellstmöglich! wie es die EU verlangt. Für eine bessere Luft und ein lebenswertes Stuttgart, wie wir es heute auf der B14 erleben dürfen!

Vielen Dank!